

HH-Rede der AfD-Kreistagsfraktion am 08.11.2019
(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff,
sehr geehrte Herren Stolz und Haas,
sehr geehrte Herren Dezernenten,
geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer
Kreisverwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrte Damen und Herren,

in fast jeder in diesem Jahr gehaltenen HH-Rede wird auf die sich abzeichnende schlechter werdende Wirtschaftslage verwiesen. Ja, das Problem der Deutschen Wirtschaft ist, dass nach bald 10 Jahren einer Superkonjunkturentwicklung, und damit auch Einnahmentwicklung für die öffentlichen Verwaltungen (nach dem Desaster, hervorgerufen durch den Lehman-Skandal 2008 in New York), wir uns auf einen Abschwung einstellen müssen. Noch merken wir davon in unserem Kreishaushalt wenig. Wir gehen mit unserem HH positiv ins Jahr 2020. Wir sehen positive Entwicklungsmöglichkeiten, gute Chancen für unsere Städte und Gemeinden, wir blicken positiv in die Zukunft.

Ja, wir haben auch allen Grund auf den ersten Blick das Positive zu sehen! Überall winkt die Zukunft: der Klinikneubau geht fast mustergültig voran, im Bereich der Mobilität winken drei neue Zukunftsprojekte: da ist zunächst BUS 19+, dann MEX (der Metropolexpress der in wenigen Monaten durchs Filstal fahren soll) und endlich die Vollintegration in den VVS: Chapeau Herr Landrat, Sie und Ihre Mitarbeiter/-innen haben endlich geschafft, was hätte schon vor Jahren (nein vor Jahrzehnten) vollzogen werden müssen!

Ein Schlüsselthema für eine erfolgreiche positive Weiterentwicklung unseres Landkreises in der Zukunft wird auch sein, eine auf Nachhaltigkeit gepolte Wirtschaftsförderung nicht allein agieren zu lassen, sondern zusammen mit starken Partnern. Und da können wir beruhigt sein: in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart und der Steinbeis-Stiftung stehen damit unserer Wirtschaftsförderung die adäquaten Partner zur Seite.

Und die benötigen wir auch, denn ein Blick auf die Rangfolge von Prognos bei den Landkreisen hat uns um 35 Plätze nach unten fallen lassen (bei ca. 400 Landkreisen)! Mit dafür vor-Ort verantwortlich sind sicherlich diverse Stellenabbaupläne und Restrukturierungsmaßnahmen, ich nenne nur Allgäuer in Uthingen und Schuler in Göppingen. Aber zu dem Thema/Problem werde ich später nochmals kommen!

Grundsätzlich sind wir wirtschaftskennzahlenmäßig schon ein problematischer Kreis, und das ist mitnichten als Vorwurf an die Kreisverwaltung zu verstehen! Auf den ersten Blick liegen

wir mit einer Arbeitslosenzahl von 3,8% gegenüber im Bundesvergleich mit über 5% gut dar, aber der Schnitt in BW ist nun einmal 3,1%. Und auch die Steuerkraftsumme (dahinter stecken ja bekanntlich Gewerbesteuer, Einkommenssteuer, Kaufkraft) steigt mit 8% im Landkreis stärker als mit 7% im Land positiv, aber leider auf einem verdammt niedrigen Niveau. Denn in der Rangfolge (neudeutsch Ranking) liegen wir unter den 44 kreisfreien Städten und Landkreisen in BW auf dem fünftletzten Platz! Eine kleine, aber symbolisch richtige Möglichkeit Kosten zu sparen besteht sicherlich darin, die Energiekosten bei vom Landkreis betriebenen Sammelunterkünften zu senken. Hierzu kommt von uns ein Antrag (Antrag AfD1).

Und ich deutete es schon weiter vorn in meiner Rede bei den Namen Allgaier und Schuler an, die Wirtschaftsentwicklung ist wahrlich nicht rosig, der August war für die Auftragseingänge der Maschinenbauindustrie katastrophal, und unsere Autoindustrie beklagt heftigen Absatzrückgang! Da heißt es gegenzusteuern! Aber nicht mit Verboten und Einschränkungen, sondern mit Förderung der Innovationen in unseren Industriekernbereichen! Und dabei sind auch unsere Wirtschaftsförderer mit ihren Partnern gefordert! Investieren wir lieber sinnvoll in ein leistungsfähiges Glasfasernetz als Grundlage einer schnellen Datenübertragung, das ist schnelle und wirksame Förderung unseres Mittelstandes und unserer Spitzenindustrie, engagieren wir uns für kostengünstige Energiepreise und schaffen wir Grundlagen für die Bereitstellung von Gewerbeflächen die schnell baureif sind, z.

B. durch Wiedernutzung von zahlreichen Gewerbebrachen, die schon bestens erschlossen sind! Wir wissen um die Problematik interkommunaler Gewerbegebiete, müssen aber anmahnen, dass nur durch kommunale Zusammenarbeit die Frage der Bereitstellung von großen Gewerbeflächen zukünftig schnell möglich sein wird.

Zum Gesamtbereich Wirtschaft gehört natürlich auch unsere Abfallwirtschaft. Hier muss ich an den Prüfauftrag einer Rekommunalisierung erinnern. Wir wollen diesen Weg gehen und spätestens Anfang 2024 positiv entscheiden!

Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Wirtschaft sind u. a. ein gutes, funktionierendes gesamtheitliches Verkehrsnetz, Bereitstellung ausreichenden qualitativ hochwertigen Wohnraums und eine intakte Natur, auch zum Erholen.

Von diesen Dreien möchte ich zunächst kurz auf das Thema „Wohnen“ eingehen. Das LRA ist für bestimmte Städte und Gemeinden in Kreis Bauordnungsbehörde und für die F- und B-Plananerkennung zuständig. Daher von uns die Frage wie viele Bebauungspläne von den Städten und Gemeinden dem Bauamt vorgelegt wurden, die gem. neu geschaffenem §13 b BauGB erstellt wurden, jener Gesetzesergänzung die u. a. Wohnraum auch für „Geflüchtete“ bereitstellen soll. Und wir fragen auch für wie viele Wohnungen hier Planungsrecht geschaffen wurde. (Antrag AfD2)

Und jetzt möchte ich nochmals auf unsere Verkehrsinfrastruktur eingehen, denn nur Mobilität garantiert

eine hier im Landkreis so dringend benötigte dynamische Entwicklung. Die eingesetzten Mittel für den MetropolExpress werden sich mehr als bezahlt machen, wenn er dann Stuttgart, das Filstal und hoffentlich Ulm schneller verbindet. Hoffentlich kommt er pünktlich und startet ohne zu stottern! Die Vollintegration in den VVS ist beschlossen, hoffentlich profitiert unser Landkreis nicht nur faktisch davon sondern hoffentlich wird unseren Kreisbewohnern noch mehr bewusst, dass sie ein Teil der Region Stuttgart sind. Und hoffentlich geben all diese Maßnahmen auch unserer wachsenden Tourismuswirtschaft noch einen weiteren positiven Schub! Und in diesem Zusammenhang wollen wir auch unsere Boller Bahn nicht vergessen. Hier gibt es wieder Diskussionen einen Ringschluss zu tätigen. Göppingen – Bad-Boll – Kirchheim/T. wird immer wieder als mögliche Trasse und Realisierung ins Spiel gebracht. Wie realistisch das ist, wollen wir in einem Antrag wissen. (Antrag AfD3)

Bisher haben wir Erfolge im ÖV aufgezeigt, die im Bereich des IV noch fehlen! Wir sind zwar als Landkreis nur am „Rande“ zuständig für den Alaufstieg „neu“ der A8, aber wir können und müssen alle soweit als möglich auf allen Ebenen Druck machen, dass diese dringend notwendige Verkehrsverbesserungsmaßnahme bis 2030 abgeschlossen ist. Und mit noch mehr Leidenschaft gilt es für uns ALLE für den Weiterbau der B10 neu gesamtheitlich bis Geislingen-Ost gemeinschaftlich zu kämpfen. Es kann nicht sein, dass ein „Gesehen“-Vermerk ewig braucht. Wie lange soll denn dann noch das Planfeststellungsverfahren dauern? Nur am Rande:

In den frühen 90er Jahren war ich als kleiner Bauoberrat in Bayern in einer Arbeitsgruppe des Innenministeriums mit beteiligt am Aufstellen der Rahmenbedingungen für die Verkehrsprojekte zur Deutschen Einheit. Da wurde der „Verhinderungskatalog“ ausgemistet. Planungserstellung, und dann nur noch eine Entscheidungs- und Widerspruchsebene. Und binnen 24 Monaten konnte dann der Maßnahmenbeginn erfolgen. Aber wir müssen auch auf die internen Verhinderungsversuche achten und sie unterbinden! Jetzt steht die grundsätzliche Planung, und die soll schnellstens umgesetzt werden. Und dafür gilt es sich zu engagieren und zu kämpfen.

Aber nicht nur der überörtliche Verkehr benötigt Verbesserungen. Auch unsere Kreisstraßen müssen saniert und optimiert werden. Mittel sind da, und die Maßnahmen müssen binnen kurzer Zeit realisiert werden, damit der vorhandene Verkehr nicht ewig behindert wird. Dazu werden wir auch einen Antrag einbringen! (Antrag AfD4)

Wir haben eine von vielen bewunderte grüne Infrastruktur, ihr Ruf geht über die Regionsgrenzen hinaus! Ein Teil dieser grünen Infrastruktur ist unser Wald. Diese ist bei uns in hohem Maß vorhanden, daher ja auch eine große Zahl von Touristen, die wegen dessen Schönheit und Ausmaßen über die Regionsgrenzen hinaus zu uns kommen. Zu Urlaubswanderungen oder auch nur zum Wochenende oder einen Tag. Aber der Waldbericht den wir in der Kreistagssitzung am 18.10.2019 hörten hat uns alle

nachdenklich gemacht. Können hier Fördermittel für private Waldbesitzer helfen? (Antrag AfD5). Wir können uns auch vorstellen, ein freiwilliges ökologisches Jahr im Rahmen der Forstwirtschaft anzubieten. Für interessierte junge Menschen die nicht freitags demonstrieren wollen sondern tatkräftig für unsere Umwelt sich einbringen wollen. Wie Sie hieran sehen liegt uns die Zukunft unserer Jugend am Herzen. Manche geraten jung auf die schiefe Bahn. Hier sollte mit einem andernorts bereits erfolgreich praktizierten Modell, dem „Haus des Jugendrechts“ gegengesteuert werden. Und das wollen wir mit einem Antrag unterstreichen (Antrag AfD6).

Aber zurück nochmals zu unserer grünen Infrastruktur. Wenn wir darüber sprechen, so muss in diesem Zusammenhang natürlich auch die Windenergie thematisiert werden. Seit Jahren werden „Windkraftanlagen“ zur Energiegewinnung in die grüne Infrastruktur platziert. Ob das ästhetisch ist, visuell die Landschaft aufwertet, human gegenüber allen Lebewesen (Mensch und Tier) ist oder sinnvoll für dritte Mitspieler, danach wird nicht gefragt. Um wenigstens für den Menschen etwas Schutz zu sichern verlangen wir die Übernahme der bayerischen Abstandsregeln zur bebauten Umwelt, d. h. Nabenhöhe Mal 10 Abstand zur baulichen Umwelt.

Und jetzt wurde direkt nach den Wahlen im Mai ein aktualisierter Windatlas BW präsentiert, dazu auch Anträge von uns (Anträge AfD7 und AfD7a)!

Tierschutz ist der AfD ein wichtiges Anliegen. Tiere sind Lebewesen die würdevoll zu behandeln sind. Unterbringung,

Haltung, Auslauf, Transport und Tötung unterliegen endlich in der BRD strengen gesetzlichen Vorgaben. Diese sind auch einzuhalten. Darüber zu wachen ist auch Aufgabe des Amts für Veterinärwesen und Verbraucherschutz. Wir erwarten, dass hier mit aller Stränge gegen Tierquälerei, nicht artgerechte Tierhaltung sowie Nichteinhalten von Transportvorgaben vorgegangen wird. Wir erwarten landkreisweit flächendeckende Kontrollen gegen Tiertötungen, die das Tier aus religiösen Gründen sinnlos quälen, besonders zu bestimmten rituellen Schlachtungszeiten! Wir bitten um eine Information, ob z. B. Schafe von Nichtmetzgern außerhalb von Schlachthöfen geschlachtet werden dürfen (Antrag AfD8).

Neben dem Tierschutz hat sich das gerade genannte Amt auch um den Verbraucherschutz zu kümmern. Durch die Möglichkeiten des Internetprangers als auch des Onlineportals „Topf Secret“ sind dem Amt neue Aufgaben zugewachsen, auch hierzu kommt von uns ein Antrag (Antrag AfD9).

Meine Damen und Herren, die Zahl der Menschen, die in unserem Landkreis leben nimmt faktisch unkontrolliert zu und immer mehr drängen hierher!

Merke: Sogenannte (Bürger-) Kriegsflüchtlinge haben nur Schutzrecht auf Zeit, nämlich so lange die Auseinandersetzungen im Heimatland andauern. Auch Asyl ist nur Bleiberecht auf Zeit, solange eben der Asylgrund andauert. Und wirtschaftliche Probleme in einem Land leiten

kein Recht auf Leben in einem Drittland ab. Das müssen wir alle bei allen Planungen endlich verinnerlichen.

Wir fragen uns, wird das gerade genannte bei dem Umgang mit allen sogenannten „Geflüchteten“ wirklich praktiziert? Es ist uns klar, dass vieles nicht in der Hand des Landratsamts liegt, dass hier BAMF und das RP Karlsruhe als BW-Zentralbehörde zu lasch agieren! Und trotzdem sind wir hier im Landkreis davon betroffen! Ein Beispiel: bei der Anschlussunterbringung von nicht anerkannten Asylbewerbern, die dann oftmals „Geduldete“ sind (oder so heißen), besteht ein Finanzierungsrisiko von 5,3 Mio. €, weil vom Land noch keine Finanzausage da ist! Warum werden diese geduldet? Ist das ein „Muss“ oder nur Geste? Dieses Thema ist ja kein Randthema, durch die Rede des Herrn LR zieht es sich durch. Und wieso sind Verfahren nach 24 Monaten noch nicht abgeschlossen? Wie kooperativ sind denn die Geflüchteten? Und dann hören wir: „Immigrationsmanagement“! Und uns wird mitgeteilt: deren Aufgabe ist es die „Geflüchteten“ in unsere Gesellschaft zu integrieren und zu befähigen wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen. Und dass diese Maßnahmen nach 36 Monaten noch nicht abgeschlossen sind. All das können wir nicht nachvollziehen, geschweige akzeptieren. Wir haben ja schon festgestellt, trotz der momentan noch guten konjunkturellen Lage ist unser Haushalt defizitär insbesondere im Bereich der Sozialausgaben. Das ist nicht zuletzt der hohen Zahl von „Geflüchteten“ geschuldet. Wir stellen hier die Frage, wieviel wirklich Bedürftigen man mit

den hier im HH veranschlagten Mitteln für „Geflüchtete“ heimatnah helfen könnte. Wir verlangen qua Anträge die Abschiebebemühungen zu verstärken (Anträge AfD10 und 11) und verlangen vom Jugendamt die Altersfeststellungen von „UMAs“ grundsätzlich offensiv-kritisch zu handhaben, um ungerechtfertigten Leistungsbezug und Betrug zu minimieren. Auch dieses Ansinnen untermauern wir mit einem Antrag (Antrag AfD12).

Meine Damen und Herren, wenn wir den HH-Entwurf für 2020 betrachten so können wir feststellen, das Volumen ist faktisch zu dem von 2019 gleich geblieben. Das bedingt auch, dank einer guten Gesamtkalkulation, dass die angepeilte Kreisumlage bei 34,5% weiter angesetzt bleibt. Im Vergleich zu manch anderen Kreisen hoch, aber wie gesagt keine Erhöhung zu 2019! Aber warten wir welche Zahl am Ende steht, ich hoffe vielleicht doch noch eine Nuance niedriger? Wenn wir noch bei Zahlen sind: wir stehen voll hinter den angefallenen und auch zukünftigen Personalkosten. Die Mitarbeiter des Landkreises machen sehr gute Arbeit, und sie verdienen weiter Anerkennung. Das kann aber nur geschehen, wenn genügend qualifizierte Menschen bereit sind für den Landkreis zu arbeiten, und die müssen gerecht und gut besoldet werden!

Ich komme zum Ende der AfD-Ausführungen. Und möchte mich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion ganz herzlich bei der Kreisverwaltung (und hier besonders bei der Mannschaft um Herrn Stolz und Herrn Haas) für die

Ausarbeitung des HH-Werks bedanken und hoffe bei allen Differenzen auf faire, vom kollegialen Geist getragene Beratungen! Ich danke Ihnen!

Haushaltsanträge der AfD Fraktion für das Jahr 2020 im Kreistag

Antrag 1:

Die AfD Fraktion beantragt, dass zukünftig in allen Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises sichergestellt wird, dass die Energiekosten mit Hilfe von technischen Möglichkeiten wie Bewegungsmeldern, Thermostaten etc. reduziert/eingespart werden.

Begründung:

In Zeiten steigender Energiepreise und der Umwelt zuliebe sollte stets darauf geachtet werden Gas, Wasser und Strom einzusparen wo es geht. Da in Gemeinschaftsunterkünften häufig ein reges Kommen und Gehen herrscht und die Bewohner die Energiekosten nicht selbst bezahlen müssen, achten diese in der Regel auch weniger darauf hier Kosten einzusparen. Auch kann falsches Heizen zu Schimmel führen und die Gesundheit der Bewohner beeinträchtigen.

Antrag 2:

Das Bauamt berichtet, wie viele B-Pläne nach § 13 b BauGB aufgestellt, im Rahmen der Vorlagepflicht für B-Pläne ihm vorgelegt wurden und für welche Wohnungsanzahl damit Realisierungsgrundlagen geschaffen wurden

Begründung:

Die Bundesregierung behauptet ja, dass diese Neuerung im BauGB zur Beschleunigung der Beseitigung der Wohnraummisere beitragen kann. Das wollen wir in diesem Fall durch das LRA (Bauamt) vorgetragen/überprüft wissen

Antrag 3:

Wir beantragen eine nochmalige Untersuchung/einen nochmaligen Bericht bezüglich der Wiederinbetriebnahme der historischen Bahnstrecke Göppingen-Bad Boll, auch als Ringschluss Weiterführung bis Kirchheim/T.

Begründung:

In den 20er Jahren des vorherigen Jh. wurde die Eisenbahnstrecke Göppingen nach Boll eröffnet. Bis in die 80er Jahre des letzten Jh. wurde die Strecke für Personen- und Güterverkehr genutzt! Zum Schluss nur noch für den Gütertransport. Uns ist bewusst, die Strecke ist heute teilweise mit anderen Nutzungen

überlagert, Geleisteile sind entfernt, das Schienennetz ist überwuchert. Aber immer wieder gab es Bestrebungen die Bahnstrecke zu reaktivieren, zuletzt hervorgerufen durch eine Studie, die einen Ringschluss der „Boller Bahn“ durch ihr Weiterbauen von Bad Boll bis Kirchheim untersuchte! Wir bitten daher die Verwaltung:

- a) die überschlägigen Kosten für eine Reaktivierung der Schienenstrecke GP nach Bad Boll zu ermitteln
- b) die heutige Zahl der möglichen Nutzer der Strecke pro Tag zu ermitteln
- c) die Machbarkeit einer Weiterführung Bad Boll nach Kirchheim zu untersuchen incl. ca. Kosten dieser Maßnahme
- d) die realistische tägliche Nutzerzahl bei einer Streckenführung GP über Bad Boll nach Kirchheim zu ermitteln
- e) ev. Fördermöglichkeiten durch dritte zu benennen/zu generieren
- f) eine mögliche Zeitschiene zur Realisierung zu benennen

Antrag 4:

Der Landkreis GP wirkt bei allen von ihm mitverantworteten Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum, bei denen es sinnvoll ist und keine Gesetzeslagen entgegenstehen, darauf ein, dass diese Maßnahmen „Rund um die Uhr“ umgesetzt werden!

Begründung:

Der Kreis initiiert und verantwortet viele Baumaßnahmen im öffentlichen Raum, oftmals auch Verbesserungsmaßnahmen. Dabei ist festzustellen, dass die Maßnahmenumsetzungen (Bauzeiten) sehr lange dauern, weil nur zu bestimmten Zeiten gearbeitet wird. Statt 7 x 24 Stunden = 168 Stunden wird nur z. B. 5 x 10 Stunden = 50 Stunden gebaut. Das führt zu erheblichen Umsetzungsverzögerungen mit Staus und sonstige Nebenwirkungen! Daher sollte vor der Ausschreibung jeder Maßnahme geprüft werden ob eine Beschleunigung durch Vorgaben von Baustellenbetriebszeiten sinnvoll ist.

Antrag 5:

Die AfD Fraktion beantragt, dass die Forstverwaltung, basierend auf dem Vortrag Waldschadensbericht vom 18.10. diesen Jahres im Kreistag, einen Bericht vorlegt, in dem der Schaden der privaten Waldbesitzer quantifiziert geschätzt wird. Die ermittelte Summe soll Grundlage für eine Entschädigung/Förderung der privaten Waldbesitzer auf Hektar bezogen werden.

Begründung:

Wir verweisen auf die Beratungsgrundlage 2019/180. Die dort genannten Informationen und die vom

Forstminister Haug am 28.10. diesen Jahres im Waldzustandsbericht 2019 vorgelegten Daten können Grundlage sein um den Schaden, den unsere privaten Waldbesitzer im Kreis Göppingen, haben zu ermitteln.

Antrag 6:

Antrag: Das LRA prüft, ein "Haus des Jugendrechts" für den Kreis Göppingen zu installieren.

Begründung:

Bereits im Jahr 1999 wurde das erste „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart ins Leben gerufen, seit diesem Jahr hat auch Ulm ein solches eingeführt. In einem Haus des Jugendrechts arbeiten Jugendhilfe, Polizei, Staatsanwaltschaft und ggf. Jugendrichter eng zusammen, (Zitat SWP vom 15.01.2019) „...um möglichst schnell und zielgenau auf die Entwicklung jugendlicher Straftäter oder Intensivtäter reagieren zu können. Das Ziel ist, durch den schnellen Informationsfluss und die kurzen Wege gemeinsame Strategien zu entwickeln, um junge Straftäter vor dem Abgleiten in die Kriminalität zu bewahren und pädagogische Angebote zu machen, um eine künftige Straffreiheit zu gewährleisten. Die Fachleute sind sich einig, dass gerade bei jugendlichen Ersttätern eine schnelle Reaktion wichtig ist." Da gemäß oben genanntem Artikel rund ein Viertel der Tatverdächtigen im Landkreis unter 21 Jahren alt waren (bezogen auf 2017), erscheint es der AfD Fraktion sinnvoll, auch für den Kreis Göppingen eine solche Institution zu installieren.

Antrag 7:

Am 28.05.2019 wurde der neue Windatlas BW vorgestellt. Wir bitten um Darlegung der Auswirkungen für den Kreis Göppingen

Begründung:

Es gab genügend Gründe, den Windatlas BW, aus dem Beginn dieses Jahrzehnts fortzuschreiben. Die technischen Baumöglichkeiten haben sich optimiert, neue Rahmenbedingungen konnten durch Erfahrungen optimiert und konkretisiert werden.

- Wir möchten wissen, führen die Erkenntnisse des neuen Windatlasses zu Grunde gelegt, diese zu einer Reduzierung oder Zunahme von Windanlagenstandorten im Kreis
- Wird sich die Energiegewinnung durch die neuen Grundlagen erhöhen
- Sind in dem neuen Atlas Empfehlungen genannt, wie die Gefährdungen durch Windräder für Lebewesen reduziert werden können/sollen
- Beabsichtigt man Standorte auch in Waldgebieten zu nutzen und in wieweit ist es dann erforderlich hierfür Wege anzulegen.

Antrag 7 a:

Die AfD Fraktion bittet um kurzfristige Darlegung für welche Windkraftanlagen im Kreis momentan ein Genehmigungsverfahren läuft.

Antrag 8:

Die Verwaltung informiert ob Schafe von Nichtmetzgern außerhalb des Schlachthofs geschlachtet werden dürfen. Bei Negativantwort erläutert sie, welche Möglichkeit bestehen und auch ergriffen werden, um diese Taten zu unterbinden.

Begründung;

Das Töten eines Tieres hat innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu geschehen. Immer wieder kommt es vor, dass bestimmte Gruppen sich nicht an diese Vorgaben halten. Das soll zukünftig im Kreis komplett mit allen gesetzlichen Mitteln unterbunden werden.

Antrag 9:

Die Kreisverwaltung überprüft im 3. Quartal nächsten Jahres, ob im Bereich der Lebensmittelüberwachung (Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz) eine Stellenmehrung notwendig wird.

Begründung:

Durch Internetpranger und dem Onlineportal „Topf Secret“ wachsen dem Amt neue Aufgaben zu! Nach einer Übergangszeit wird zu überprüfen sein, ob das vorhandene Personal im Amt ausreichend ist.

Anmerkung am Rande: das Personal im Bereich Veterinärwesen soll ja (vielleicht) nach Ministeriumsaussagen erfreulicherweise aufgestockt werden!

Antrag 10:

Der Landkreis Göppingen wird aufgefordert seine Abschiebebemühungen zu verstärken und hierbei den rechtlichen Rahmen komplett auszuschöpfen.

Begründung:

Wie aus der Antwort auf die kleine Landtagsanfrage von MdL Baron, Drucksache 16/6924, hervor geht, wurden in den letzten Jahren jeweils nur etwa die Hälfte der geplanten Abschiebungen auch vollzogen. Dies ist aus Sicht der AfD-Fraktion nicht hinnehmbar. Wer hier sein Bleiberecht verliert oder dieses erst gar nicht zugesprochen bekommt, der hat das Land umgehend zu verlassen. Sowohl die Bundeskanzlerin

Frau Merkel, als auch unser Landesinnenminister Strobel, haben ende 2016 bei verschiedenen Gelegenheiten betont, dass nun „Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung“ die Devise lauten müssen. Hierfür sei eine „nationale Kraftanstrengung“ von Nöten. Mit den aktuellen Abschiebezahlen werden wir im Landkreis Göppingen dieser nationalen Kraftanstrengung in keinsten Weise gerecht. Wir sind es dem Rechtsstaat schuldig, dass wir geltendes Recht durchsetzen. Ebenso sind wir es jedem Steuerzahler schuldig, dass sein Geld verantwortungsvoll eingesetzt und nicht für die Alimentierung von illegalen Migranten verschwendet wird.

Antrag 11:

Vor dem Hintergrund der vielen erfolglosen Abschiebeversuche bittet die Kreistagsfraktion der AfD um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden die Abschiebungen im Kreis Göppingen gegenüber dem abzuschiebenden Ausländer angekündigt?
2. Wenn die abzuschiebenden Ausländer zum Abschiebetermin nicht angetroffen wurden, werden diese dann gem. § 50 (6) AufenthG zur Festnahme oder zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben?

Wenn ja, in wie vielen Fällen wurde dies gemacht?

3. Ist der Abzuschiebende grundsätzlich an seiner gemeldeten Adresse wohnhaft und konnte nur zum Zeitpunkt der Abschiebung dort nicht angetroffen werden, scheint eine Abschiebehaft gemäß § 62 AufenthG nicht möglich zu sein. Werden in diesen Fällen anderweitige Maßnahmen getroffen, um einen erneuten Abschiebeversuch zu ermöglichen?

4. Werden Ausländern im Asylverfahren im Landkreis Göppingen die Sozialleistungen auf ein Konto überwiesen oder bar ausgehändigt?

4a. Wenn die Beiträge bar ausgezahlt werden, ist es dann möglich die Abschiebetermine auf die Auszahlungstermine zu legen, um eine Abschiebung zu gewährleisten?

4b. Wenn die Beiträge überwiesen werden: Ist dies Pflicht oder können diese spätestens ab Zustellung des Abschiebebescheides bar ausgezahlt werden, um die Abschiebungstermine auf die Auszahlungstermine zu legen und so die Wahrscheinlichkeit des Abschiebeerfolgs zu erhöhen?

5. Wie viele Abschiebeversuche werden im Schnitt pro Person unternommen, ehe diese erfolgreich durchgeführt werden kann?

Antrag 12:

Wie der Presse in den vergangenen Jahren und Monaten zu entnehmen war und ist, werden regelmäßig Ungereimtheiten bei der Altersüberprüfung von sogenannten unbegleiteten, minderjährigen Ausländern

(UMAs) festgestellt. Hierbei tauchen in der medialen Berichterstattung über nachgewiesene Falschangaben nicht selten Werte von 30-40 Prozent auf. Dies ist ein erheblicher Wert, verbunden mit einem großen Personalaufwand und einem enormen Kostenfaktor. Auch wenn eine Altersfeststellung nur auf 1-3 Jahre genau erfolgen kann, sieht die AfD-Fraktion eine restriktive Handhabung der gegebenen Mittel als geboten an.

Die AfD Kreistagsfraktion bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele sogenannte UMAs kamen in den Jahren seit 2014 bis 2019 in den Landkreis Göppingen, respektive wurden diesem zugewiesen?
2. Aus meiner mündlichen Anfrage im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Sozial- und des Jugendhilfeausschusses ging hervor, dass die Altersfeststellung in einem Gespräch, unter Zuhilfenahme eines Fragebogens erfolgt, sofern keine ausreichenden Ausweispapiere vorgelegt werden können. In wie vielen Fällen meldeten die Mitarbeiter des Jugendamtes Zweifel am angegebenen Alter von UMAs an?
3. In wie vielen Fällen wurden weitergehende Maßnahmen zur Altersfeststellung durchgeführt?
4. Welcher Art waren diese Maßnahmen (bitte mit Anzahl)?
5. Im Laufe des Jahres wurden die Möglichkeiten zur Altersfeststellung in Zweifelsfällen erheblich verbessert. So kann bei Zweifeln an der Richtigkeit der Angaben des mutmaßlichen UMAs zeitnah ein Termin in Heidelberg gemacht vereinbart werden. Dort kann eine medizinische Altersfeststellung erfolgen. Wurden seither schon Gebrauch von dieser Möglichkeit gemacht?